

## Milchmarkt

*1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?*

Die Haltung der SPD in Baden-Württemberg hat sich hierzu nicht geändert: Wir befürworten marktgerechte Maßnahmen der EU zur temporären Absatzbegrenzung, an denen sich die Erzeuger auch beteiligen. Nur ein verbessertes Marktmonitoring mit entsprechenden Warnungen für Milchpreisübermengen und Preiskrisen allein reicht nicht aus.

*2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?*

Nein – hier muss der Staat, muss die EU Anreize schaffen, um die Angebotsmenge zeitweise abzusenken. Nicht geeignet ist ein Rückgriff auf die alte Milchquote. Diese hat die Mengen nicht wirksam begrenzt und sie hat zu Verzerrungen des Marktes geführt, die den aktiven Milcherzeugern mehr schaden als nutzen (Stichwort: „Sofamelker“).

*3. Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?*

Erzeugerzusammenschlüsse in der gesamten Lebensmittelbranche und insbesondere bei der Milch sind wichtig und zu begrüßen. Ihre Gründung muss daher auch staatlich gefördert und unterstützt werden, da dies zu einem besseren Marktgleichgewicht führen kann, das derzeit nicht gegeben ist. Die „Befugnisse“ sollten diese Erzeuger jedoch im Rahmen des gesetzlich Möglichen selbst festlegen.

*4. Wie sieht Ihre Partei die Haltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Milchmarktkrisenphasen den bisher vorhandenen Instrumenten des EU-Sicherheitsnetzes sowie einer sogenannten Modernisierung der Lieferbeziehungen zu vertrauen?*

Wie zu Frage 1 schon beschrieben, reichen uns diese Instrumente nicht aus, da sie auch nicht ausreichen, um einen funktionierenden Markt im Gleichgewicht zu gewährleisten – und weil sie auch den Erzeugern nicht genügend Schutz bieten. Die „Modernisierung der Lieferbeziehungen“ ist sehr unkonkret; hier wäre vor allem mehr Marktmacht durch Erzeugerzusammenschlüsse auf der Seite der Erzeuger wünschenswert.

*5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?*

Dies sollte bei den Marktpartnern liegen, wobei eine stärkere Marktstellung der Erzeuger eine Voraussetzung dafür ist, dass die Vereinbarungen dann auch fair und auskömmlich sind.

*6. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Produktionskosten auch im Hinblick auf die steigenden Anforderungen an die Milchviehhaltung (Tierwohl, DÜV, etc.) durch den Verkauf der Rohmilch zu decken?*

Wir wollen eine Änderung der Agrarförderpolitik, bei der nicht mehr vor allem nach Hektar Fördermittel gezahlt werden, sondern Fördermittel an Leistungen für Umwelt und Tierwohl geknüpft sind. Zudem muss die Kennzeichnungspflicht so gestaltet sein, dass die Verbraucher auch sofort erkennen können, welcher Haltungsform Fleisch und Milch entstammen. Insbesondere Investitionshilfen für Stallbauten, aber auch Vertragsnaturschutz und eine verbesserte Grünlandförderung können den Milcherzeugern helfen, auch mit mehr Tierwohl und Umweltgerechtigkeit auskömmlich zu wirtschaften. Der Mehrwert von mehr Tierwohl und mehr an Umweltschonung muss auch beim Erzeuger ankommen.

## **GAP 2020**

*1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?*

Die SPD will schon lange mehrere grundlegende Änderungen der Marktordnung, die man wie folgt zusammenfassen kann: Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen – das heißt, wir wollen wegkommen von pauschalen flächenbezogenen Leistungen ohne (oder faktisch ohne) Gegenleistung. Wir wollen, dass auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leistet, um bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen. Zudem ging bislang das Geld in höherem Maße in Gunstlagen. Künftig soll dort mehr gefördert werden, wo Böden und Lagen ungünstiger sind; das hilft auch, eine flächendeckende Landbewirtschaftung zu erhalten. Der Staat muss den Landwirten die Möglichkeit eröffnen, die Belange von Umwelt- und Klimaschutz sowie Tierwohl zu erfüllen. Das schafft auch neue Einkommensmöglichkeiten.

*2. Wie bewertet Ihre Partei den vorliegenden Vorschlag der Kommission und auch des EU-Parlaments zur Weiterentwicklung der GAP 2020? Auch und gerade in Bezug auf ein Bonus-/Malus-System in Bezug auf einen krisenbedingten Produktionsverzicht?*

Für eine abschließende Bewertung dieser Vorschläge ist es noch zu früh. Ein Bonus-/Malusystem kann ein geeigneter Weg sein. Uns liegt es bei der Weiterentwicklung der GAP am Herzen, dass mindestens 30 Prozent der bisherigen Mittel der 1. Säule künftig für Ökoregelungen eingesetzt werden können.

*3. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?*

Siehe dazu auch Antwort auf Frage 1: Wenn mehr Geld in schlechtere Lagen fließt und die Fördermittel für konkrete Leistungen eingesetzt werden, dann kommt mehr Geld in den eher kleineren Betrieben in Baden-Württemberg an, auch mehr Mittel in den Betrieben mit Grünlandorientierung und in Mittelgebirgslagen.

*4. In Bezug auf das Agrarinvestitionsprogramm: Wie denkt Ihre Partei über eine Verbindung zwischen Förderung und Bindung der Tierhaltung an Fläche oder einer Förderung von Betrieben bis zu einer bestimmten Größe (bspw. Absenkung der Prosperitätsgrenze, Absenkung der Förderobergrenze)? Könnte eine solche Änderung auch kleine und mittelständische Betriebe besser fördern?*

**DAS WICHTIGE JETZT**



Wir wollen die Tierhaltung noch enger an die bestehende Fläche koppeln. Das wird zwangsläufig sogar dazu führen, dass Tierhaltung in manchen Regionen (betroffen sein werden vor allem Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) abnehmen wird, während sie in anderen Regionen stabilisiert oder erhöht wird. Die Politik von Bund und Ländern muss diese Entwicklung positiv und förderlich begleiten, damit nicht allein der Markt bestimmt, wie und wo die Tierhaltung zunimmt. Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg und insbesondere die Milchwirtschaft werden davon voraussichtlich profitieren.

*5. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können? Wie stehen Sie hier zu einer möglichen Kappung oder Degression der Direktzahlungen oder einer stärkeren Förderung der ersten Hektare?*

Wir befürworten eine Verschiebung der Zahlungen in der Weise, dass es eine stärkere Grundförderung je Betrieb geben sollte, wogegen dieser Mehraufwand durch eine Kappung bzw. die Verstärkung der Degression finanziert werden sollte. Wir sind allerdings auch (siehe die obigen Antworten) für eine generelle Absenkung der Direktzahlungen der 1. Säule zugunsten gezielter Förderung, die an konkrete Leistungen gekoppelt ist. Die Milcherzeuger im Land würden nach unserer Überzeugung von einer solchen Veränderung der Fördersystematik profitieren.

*6. Die zunehmende Spezialisierung der Milchproduktion ist verbunden mit der Erzeugung von Kälbern, die oft im Alter zwischen zwei und fünf Wochen verkauft werden. Da für viele diese Tiere in der regionalen Wertschöpfungskette vor Ort keine Kapazitäten vorhanden sind, müssen sie derzeit nach Norddeutschland oder ins EU-Ausland mit z.T. sehr langen Transportwegen verkauft werden. Bedingt durch den Ausbruch der Blauzunge sind die Kälberpreise seit geraumer Zeit extrem unter Druck geraten. Wie steht Ihre Partei zu einem baden-württembergischen Kälbermastprogramm, um die Einkommen der Landwirte zu stützen?*

Wir halten die gezielte Förderung der Kälberhaltung und -vermarktung für sinnvoll; nicht zuletzt im Interesse des Tierwohls und der Verbraucher, aber auch im Sinne der Rinderhaltung und Milcherzeugung im Land. Es bietet sich an, dazu insbesondere Investitionsbeihilfen aus Mitteln des GAK zu einzusetzen.

*7. Die Bundesregierung hat sich auf die Einführung einer Grundrente im Jahr 2021 verständigt. Warum profitieren die Versicherten der LAK nicht? Wird hier gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen? Sieht Ihre Partei Bedarf und wie kann die sehr niedrige Altersversorgung der Landwirte verbessert werden?*

Weitere Verbesserungen in der LAK halten wir für nötig. Der Gleichheitsgrundsatz ist hier nicht verletzt, da die gesetzlichen Rentenkassen bei weitem weniger Zuschüsse aus Steuermitteln (je Versicherten) erhalten als die LAK. Bei letzterer handelt es sich um eine Alterssicherung Selbständiger mit ganz eigenen Anforderungen und Fragen hinsichtlich der Beitragszahlung wie auch der Leistungen.

#### **Herkunftskennzeichnung / Standardisierung**

*1. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?*

**DAS WICHTIGE JETZT**



Die SPD fordert seit etlichen Jahren eine Verbesserung der Kennzeichnungspflicht, gerade auch bei Lebensmitteln. Gerade bei Fleisch, Eiern und allen Milchprodukten ist es nicht hinnehmbar, dass Fertiggerichte und vorgefertigte Zutaten hier für die Zutaten nicht wirklich die gleichen Standards erfüllen müssen wie zum Beispiel Eier, was Herkunft und Haltungsform anbelangt.

*2. Ist Ihre Partei der Meinung, dass sich neue, höhere Standards auch zwingend in der Produktpreisen für landwirtschaftliche Güter ausdrücken muss?*

Das muss nicht zwingend der Fall sein. Jedoch wird es die Regel sein, wenn der Markt funktioniert. Hinzu kommt ja für die Erzeuger auch noch eine Förderung durch den Staat oder – je nach Labeling-System – auch des Handels.

*3. Welchen Weg schlägt Ihre Partei zur Deckung der zusätzlichen Kosten der Standardisierung vor?*

Standardisierungsbemühungen des Handels sind teilweise verständlich, sie können auch zur Qualitätsverbesserung beitragen. Zugleich nivellieren sie aber auch Eigenheiten und Besonderheiten, die durchaus wünschenswert sind. Deshalb darf dieser Trend nicht übertrieben werden. Zugleich wäre es eine der Aufgaben der Erzeugerzusammenschlüsse, hier entgegenzuwirken.

## Tierwohl

*1. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden und sehen Sie die Vorstellung der Borchert-Kommission hinzu als zielführend an?*

Die Vorschläge der Borchert-Kommission halten wir für sinnvoll und wegweisend. Was sie jedoch konkret für künftige Haltungsvorschriften und zum Beispiel auch Übergangsfristen, etc. bedeuten, ist noch offen. Für uns ist es selbstverständlich, dass Umbauten von Haltungssystemen für mehr Tierwohl auch angemessen gefördert werden müssen, dass es aber auch ausreichende Übergangsfristen geben muss für all die, die unter anderen gesetzlichen Vorgaben investiert haben.

*2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labels?*

Label zur Kennzeichnung von Herkunft, Qualität oder Tierwohl sind grundsätzlich sinnvoll. Die Vielzahl von Labels kann jedoch auch Verwirrung stiften und erfüllt dadurch ihren Zweck nicht mehr. Es ist deshalb anzustreben, dass die Labels mindestens national vereinheitlicht werden und auch dort, wo das sinnvoll ist, zusammengefasst werden.

*3. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?*

Die bisher schon vorhandenen Förderprogramme für Stallbauten und Stallumbauten, um eine Anbindehaltung zu beenden, müssen dringend aufgestockt werden. Zudem sollen durch eine Übergangsfrist und eine Härtefallregelung gerade für kleinere Betriebe Härten vermieden werden.

*4. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?*

Die SPD hat sich bereits im Bundesrat für ein generelles Verbot der Anbindehaltung eingesetzt, wobei eine Übergangszeit von zwölf Jahren vorgesehen war. Eine solche Regelung wäre allerdings auch mit klar definierten Ausnahmetatbeständen bzw. Verlängerungen dieser Übergangsfristen auszustatten, wo Härtefälle bestehen.

*5. Die Schlussfolgerungen der Borchert-Kommission stellen die Nutztierhalter vor große Herausforderungen (Platzanforderungen, Außenklima). Ist nach Meinung Ihrer Partei eine Abstockung der Tierbestände mit diesen Anforderungen verbunden und wie sollen die notwendigen Investitionen bzw. der Einnahmeausfall durch Abstockung finanziert werden?*

Aus unserer Sicht ist für manche Regionen eine Abstockung von Tierbeständen durch diese Vorgaben zwingend die Folge und auch wünschenswert. Das ist zugleich eine Chance für andere Regionen und Betriebe – insbesondere auch in Baden-Württemberg. Bund und Länder müssen hier eine aktive Rolle dabei einnehmen, diesen Umverteilungsprozess zu steuern und wirtschaftlich gangbar zu machen. Die Investitionsförderung für den dementsprechenden Um- und Ausbau von Tierhaltungssystemen und Ställen muss ebenfalls durch deutliche Aufstockung der entsprechenden Förderprogramme begleitet werden. Hinzu kommen angemessene Übergangsfristen.

*6. Höhere nationale Anforderungen an das Tierwohl dürfen nicht durch Importe von Agrarprodukten, die mit niedrigeren Anforderungen erzeugt wurden, unterlaufen werden. Wie steht Ihre Partei zu innovativen Mitteln zur Vermeidung von Qualitätsdumping wie z.B. BorderTaxAdjustments, einer Pflichtkennzeichnung, partiellen Importverbote oder einem Lieferkettengesetz.*

Globaler Handel und bestehende Handelsabkommen stehen immer in einem Spannungsverhältnis zum Schutz der heimischen Erzeugung auf bisweilen höherem Niveau, was die Umweltauforderungen, die sozialen Anforderungen oder das Tierwohl betrifft. Umgekehrt ist Deutschland derzeit ein bedeutendes Exportland von Lebensmitteln und Agrarprodukten – und wir wollen auch hier nicht, dass andere Märkte sich abschotten. Eine konsequente Kennzeichnungspflicht ist hier aber ein durchaus wirksames Instrument, ebenso sind es nationale oder EU-weite Label. Die Einführung eines Lieferkettengesetzes befürwortet die SPD. Gerade auch Lebensmittel müssen dabei Berücksichtigung finden.

## **Digitalisierung**

*1. Welche Chancen und Risiken sehen Sie in der Digitalisierung in der Landwirtschaft?*

In allen Branchen birgt die Digitalisierung Chancen und Risiken. Politisch entscheidend ist für uns: Technischer Fortschritt muss für alle verfügbar sein. Die ländlichen Räume müssen auch als digitale Räume gedacht werden. Dabei geht es insbesondere um die Internet- und Mobilfunkversorgung. Unser Ziel ist es, alle Regionen Baden-Württembergs bis zum Jahr 2030 mit schnellem Internet (mindestens 100 MBit/s) zu versorgen. Funklöcher und weiße Flecken besonders im ländlichen Raum müssen beseitigt werden.

*2. Wie möchten Sie die Datenhoheit der betreffenden LandwirtInnen sicherstellen?*

Datenschutz betrieblicher Daten ist sicherzustellen. Jedoch gilt das auch bereits bisher im Miteinander von Betrieben, Banken, Versicherungen und Behörden. Zugleich müssen die Behörden bestimmte Daten kennen, um Kontrolle und Förderung durchführen zu können.

*3. Wie möchten Sie die Datensicherheit der betreffenden Betriebsdaten sicherstellen?*

Die Datensicherheit muss schon bei der Entwicklung der jeweiligen Technologie und Software mitbedacht werden. Sie darf in der Landwirtschaft nicht niedriger sein als in anderen Teilen der Wirtschaft.

*4. Wie stehen Sie zu einer Verpflichtung zu Open-Source-Technologien?*

**DAS WICHTIGE JETZT**



Die Nutzung von Open-Source-Technologien senkt die Nutzungshürden und kann zu Kosteneinsparungen beitragen. Eine Verpflichtung dazu kann man jedoch pauschal nicht befürworten; das hängt von der jeweiligen Technologie und Nutzung ab.

*5. Wie sollen die zusätzlichen Kosten gerade von kleinen und mittleren Betrieben getragen werden?*

Investitionen und Anschaffungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung sind in den meisten Fällen rentierlich, zudem führen sie oft zu Qualitätsverbesserungen und zu Arbeitersparnis. Welche Investitionen daher durch eine Förderung begleitet werden müssen, muss man im Einzelfall sehen.

**DAS WICHTIGE JETZT**

